



Medienorientierung des Komitees „Nein zur Ferieninitiative“

Dienstag, 7. Februar 2012, 13.30 Uhr

im Sitzungszimmer des Thurgauer Gewerbeverbandes, Weinfelden (Th. Bornhauser-Str. 14).

Es gilt das gesprochene Wort.

Die Initiative aus Sicht der Wirtschaft generell

Christian Neuweiler, Präsident Industrie- und Handelskammer Thurgau

1. Schwierige Situation wegen der Frankenstärke

Zahlreiche exportierende und binnenwirtschaftlich tätige Unternehmen befinden sich in einer schwierigen Lage wegen der anhaltenden Frankenstärke. Der gegenwärtige Eurokurs um CHF 1.20 führt zu einem massiven Margenschwund. Es werden in den Unternehmen Massnahmenpakete mit Kostensenkungsprogrammen geschürt, um die Arbeitsplätze im Inland zu behalten. Mehr Ferien bei gleichem Lohn bedeuten höhere Arbeitskosten. Eine solche zusätzliche Belastung würde die Auslagerung von Arbeitsplätzen beschleunigen und einer Entindustrialisierung der Schweiz Vor-schub leisten. Bei einer Annahme der Initiative droht eine Mehrbelastung für die Schweizer Unter-nehmen von CHF 6 Milliarden jährlich. Sechs Wochen Ferien generell einzuführen, wäre im heuti-gen Wirtschaftsumfeld nicht verkraftbar und unverantwortlich.

2. Im internationalen Vergleich kein Handlungsbedarf

Mit dem gesetzlichen Ferienanspruch von vier Wochen liegt die Schweiz gleichauf mit Deutschland, Belgien, Irland, Italien und den Niederlanden. Dies entspricht auch der Europäischen Sozialcharta. In Frankreich, Österreich und Schweden sind es fünf Wochen. Die USA, Kanada, China und Japan haben weniger grosszügige Regelungen. Es besteht aktuell im internationalen Vergleich kein Hand-lungsbedarf.

3. Unnötiger Eingriff in den Arbeitsmarkt

In vielen Firmen und Branchen gibt es grosszügigere Ferienregelungen als das gesetzliche Mini-mum. Das Bundesamt für Statistik weist die durchschnittlichen Ferien der 20- bis 49-Jährigen im Jahr 2010 mit 4,8 Wochen und jene der mehr als 50-Jährigen mit 5,4 Wochen aus. Hinzu kommen noch 8 bis 10 zum Teil freiwillig bezahlte Feiertage. Die Ferieninitiative höhlt sozialpartnerschaftli-che Lösungen aus. Flexible Arbeitszeitmodelle werden ohne Not gefährdet. Es braucht überdies ei-nen gewissen Spielraum, um den unter Punkt 1 genannten Widerlichkeiten entgegen zu treten – man kann mit der Sozialgesetzgebung nicht an die oberste Grenze gehen.

4. Meine Erfahrungen als Unternehmer – lieber mehr verdienen als mehr Ferien

Es zeigt sich in der Praxis, dass Mitarbeiter lieber mehr verdienen als mehr Ferien haben. Wir ha-ben in unserem Unternehmen kürzlich die Mitarbeiter mit den höchsten Überzeitsaldis vor die Wahl gestellt, 2012 längere Ferien zu nehmen oder die Überzeit durch entsprechendes Entgelt ab-zubauen, worauf sich alle für die zweite Variante entschieden haben. Fazit: die heutige Arbeitszeit-belastung bietet den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern genügend Freiraum für Freizeit und Ferien – man will eher länger arbeiten und dafür etwas mehr verdienen. Bietet eine Firma diese Möglich-keit nicht, besteht die Gefahr, dass die Mitarbeiter zusätzlich einen Nebenjob annehmen.